

verwerfen, ohne dass untersucht zu werden braucht, ob sie nach Art. 60 Abs. 1 OR begründet wäre.

Demnach erkennt das Bundesgericht :

Die Berufung wird abgewiesen und das Urteil des Assisenhofes des II. Geschworenenbezirks des Kantons Bern vom 28. Februar 1923 im Zivilpunkt bestätigt.

52. Urteil der II. Zivilabteilung vom 11. Oktober 1923

**i. S. Eisenbahnen in Elsass-Lothringen
gegen Bronner & C^{ie}.**

Frankaturvermerk im internationalen Eisenbahnfrachtverkehr: IUe Art. 6, 7, 20 bis 23; Zusatzbestimmungen zu Art. 6. Bestimmungen des IUe können nicht einseitig durch einen Vertragsstaat abgeändert werden (Erw. 1). — Auslegung des Frankaturvermerks: « Franko Lauterburg einschliesslich Zollspesen » (Erw. 2 und 3). — Kausalzusammenhang zwischen Schaden und Frankaturvermerk (Erw. 4).

A. — Die klagende Eisenbahn in Elsass-Lothringen übernahm im September 1919 von der beklagten Speditionsfirma Bronner & C^{ie} einen Wagen Zigarren zur Spedition von Basel über Lauterburg im Elsass nach Ludwigshafen. Der internationale Frachtbrief enthielt den Frankaturvermerk: « Franko Lauterburg, einschliesslich Zollspesen. » Die Bahn verzollte das Gut in Lauterburg, wo der Zoll für die für Deutschland bestimmten Waren von französischen Behörden erhoben wurde. Sie bezahlte dafür an Zoll 68,158 Fr. 26 Cts. französischer Währung und unterliess es, bei der Aushändigung des Frachtgutes diesen Betrag vom Empfänger zu erheben. Die Beklagte lehnte ihrerseits die Vergütung des Zolles ab, mit der Begründung, die Klägerin habe von ihr nur den Auftrag erhalten, die Spesen und zwar nur bis Lauterburg, nicht aber den Zoll selbst für sie zu bezahlen;

dieser hätte erst am Bestimmungsort in Deutschland entrichtet, auf jeden Fall aber durch die Bahn nebst den Spesen von Lauterburg bis Ludwigshafen vom Empfänger nachgenommen werden sollen. Im übrigen bestritt sie die Richtigkeit der Verzollung und der Höhe des Zolles. Darauf belangte sie die Klägerin auf Vergütung der ausgelegten 68,158 Fr. 26 Cts. französischer Währung nebst 5% Zins seit dem 23. Oktober 1919.

B. — Mit Urteil vom 12. Juni 1923 hat das Obergericht des Kantons Basel-Stadt die Klage abgewiesen. Dagegen hat die Klägerin die Berufung an das Bundesgericht erklärt.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung :

1. — Nach den Vorschriften des Art. 20 und 23 Abs. 2 des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890 (IUe) hat die Empfangsbahn bei Ablieferung des Frachtgutes alle aus dem Frachtvertrag begründeten Forderungen, zu denen auch Zollgelder gehören, beim Empfänger einzuziehen und zwar bei eigener Verantwortlichkeit gegenüber dem Absender, den sie nicht als Schuldner belangen kann. Diese Rechtslage kann, wie die Vorinstanz zutreffend ausführt, durch Kriegserlasse französischer Behörden im Elsass, auf die sich die Klägerin zur Begründung der Verzollung in Lauterburg und ihrer Unterlassung der Nachnahme auf den Empfänger beruft, nicht einseitig abgeändert werden; das Übereinkommen schafft als Staatsvertrag zwischen den beteiligten Staaten internationales Vertragsrecht, das dem Landesrecht vorgeht, soweit das letztere, was hier nicht zutrifft, in der Konvention nicht vorbehalten wird. (BGE 1922 II Nr. 39 Seite 261 u. 162; Praxis 11 Nr. 116.)

2. — Die Klägerin macht nun aber geltend, die Beklagte habe mit dem Frankaturvermerk: « Franko Lauterburg, einschliesslich Zollspesen » den Zoll selbst übernommen und auf Grund dieser Weisung sei die Ware

verzollt und der Zoll vom Empfänger nicht erhoben worden. Allein dem ist nicht so. Wie der Frankaturvermerk für die verschiedenen Fälle von Frankatur zu lauten hat, ist in Ziffer 11 der Zusatzbestimmungen des internationalen Transportkomitees zu Art. 6 IUe geregelt. Danach sind für vier bestimmte Fälle von Frankatur feste Formeln vorgeschrieben, und es ist gemäss lit. *a* der Ausdruck « Franko » zu verwenden, wenn der Absender « die Fracht einschliesslich des allfälligen Zuschlags für die Deklaration des Interesses an der Lieferung sowie alle Nebenkosten, welche nach Massgabe des Reglements und Tarifs auf der Versandstation zur Berechnung kommen, die etwa zu erhebende Nachnahmegebühr (Nachnahmeprovision) inbegriffen », frankieren d. h. auf sich nehmen will. Will der Absender « die durch die Zollbehörden und die für die Zollbehandlung seitens der Eisenbahnen zur Erhebung kommenden Gebühren und Spesen » frankieren, so hat er gemäss lit. *b* den Frankaturvermerk : « Franko Zoll » zu verwenden. Für die Übernahme der in diesen beiden Fällen in Betracht kommenden Kosten lautet der Frankaturvermerk nach lit. *c* : « Franko einschliesslich Zoll », und wenn der Absender alle irgendwie erwachsenden Gebühren auf sich nehmen will, so hat er nach lit. *d* zu frankieren : « Franko einschliesslich aller Gebühren. » Mit dem Frankaturvermerk : « Franko Lauterburg » hat daher die Klägerin lediglich die Fracht im Sinne von Ziff. 11 lit. *a* der Zusatzbestimmungen bis Lauterburg übernommen. Hätte sie auch den Zoll selbst übernehmen wollen, so hätte sie dies mit dem Frankaturvermerk : « Franko Lauterburg Zoll » zum Ausdruck bringen sollen. Denn aus dem Umstand, dass die Zusatzbestimmungen für vier bestimmte Fälle feste Formeln vorschreiben, folgt, dass im Zweifel ein diesen Formeln entsprechender Auftrag an die Bahn nur vorliegt, wenn die Formel selbst verwendet ist. Die Klägerin hätte daher den Zoll nur dann als von der Beklagten übernommen betrach-

ten dürfen, wenn diese den Frankaturvermerk : « Franko Zoll » oder « Franko Lauterburg Zoll » im Frachtbrief verwendet hätte. Mit dieser Formel ist der Frankaturvermerk : « Franko, einschliesslich Zollspesen » nicht identisch. Er mochte für Laien und ungeübtes Personal zweifelhaft sein, für Sachverständige aber konnte nach der Feststellung der Vorinstanz kein Zweifel darüber bestehen, dass unter **Z o l l s p e s e n** nicht der Zoll selbst, sondern nur die Nebenspesen der Verzollung verstanden waren.

3. — Mit dem Frankaturvermerk : « Franko Lauterburg einschliesslich Zollspesen » hat somit die Beklagte nur erklärt, die Frachtspesen im Sinne von Ziff. 11 lit. *a* der Zusatzbestimmungen bis Lauterburg und die Gebühren für die Verzollung übernehmen zu wollen. Die weitem Speditionsspesen und namentlich der Zoll selbst gingen zu Lasten des Empfängers und hafteten daher zur Zeit der Ablieferung auf dem Frachtgut, das die Bahn gemäss den Art. 20 bis 23 IUe nicht an jenen herausgeben durfte, ohne zugleich die Spesen und den Zoll nachzunehmen. Für die Bezahlung dieser Beträge ist gemäss Art. 23 Abs. 2 IUe die Bahn dem Absender verantwortlich, und da die Klägerin die Ware herausgegeben hat, ohne das darauf haftende Pfandrecht für die Gebühren und den Zoll geltend zu machen, hat sie die Gefahr hierfür selbst zu tragen.

4. — Wollte übrigens auch der Frankaturvermerk : « Franko Lauterburg einschliesslich Zollspesen » als unreglementarisch betrachtet werden, weil er mit keiner der vier in Ziffer 11 der Zusatzbestimmungen zu Art. 6 IUe vorgeschriebenen Formeln übereinstimmt, wäre damit die Haftung der Beklagten für den verausgabten Zoll noch nicht dargetan. Nach Art. 7 IUe trägt der Absender allerdings alle Folgen, welche aus unrichtigen, ungenauen und ungenügenden Erklärungen im Frachtbrief entspringen. Doch ist für diese Haftung der Nachweis eines Kausalzusammenhangs zwischen der unreglemen-

tarischen Behandlung des Frachtgutes und dem Schaden notwendig. Dieser Nachweis fehlt hier. Denn da der Frankaturvermerk: « Franko Lauterburg einschliesslich Zollspesen » keiner der vier vorgeschriebenen Formeln entspricht, so hätte die Bahn auf den Sinn abstellen sollen, welchen ihm Sachverständige geben mussten, und das hat sie nicht getan. Daher ist in jedem Fall der Kausalzusammenhang zwischen dem Frankaturvermerk und dem entstandenen Schaden unterbrochen, und es entfällt jede Haftung der Beklagten.

Demnach erkennt das Bundesgericht :

Die Berufung wird abgewiesen und das Urteil des Appellationsgerichts des Kantons Basel - Stadt vom 12. Juni 1923 bestätigt.

53. Arrêt de la II^e Section civile du 17 octobre 1923
dans la cause dame Bohnenblust
contre Tournier et Faillite Piccard, Pictet & C^{ie}.

Accident d'automobile. Responsabilité du patron et de son employeur. Imputation des indemnités d'assurance sur le montant de l'indemnité ?

A. — Le 30 août 1920, vers 19 h. 45, Charles Bohnenblust, âgé de 29 ans, contremaître à l'usine Gallay, rentrait de son travail tenant sa bicyclette à la main. Débouchant du chemin privé conduisant à l'usine, il voulut traverser la route de Frontenex. A ce moment arrivait, montant cette route, une automobile conduite par Tournier, chef essayeur à la Société Piccard, Pictet & C^{ie}. L'auto chercha au dernier moment à éviter Bohnenblust en obliquant fortement sur la droite. Mais une collision se produisit et Bohnenblust tomba à terre. Il eut la jambe et le crâne fracturés et mourut une heure plus tard.

Il laissait une veuve âgée de 26 ans et deux enfants de 3 mois et de 3 ans.

Bohnenblust était au bénéfice d'une assurance collective par son patron Gallay auprès de l'Helvétia. L'indemnité d'assurance à laquelle cette société a été condamnée par arrêt du Tribunal fédéral du 1^{er} mars 1922 a été fixée à 22 880 fr. En outre la Caisse nationale d'assurance a alloué à dame Bohnenblust une rente annuelle de 1200 fr. pour elle-même et de 600 fr. pour chacun de ses enfants et elle a renoncé en sa faveur à son droit de recours contre les auteurs du dommage suivant acte de cession du 5 novembre 1920 qui a la teneur suivante : « La Caisse Nationale Suisse d'assurance cède » par les présentes à Madame Augusta-Victoria Bohnenblust, née Aigle, veuve de Charles-Frédéric Bohnenblust, tant en sa qualité personnelle que comme représentante ses deux enfants mineurs, Victoria-Marie et Charles-Emile, la créance que la Caisse possède tant envers Tournier Louis qu'envers la Société Piccard, Pictet à raison de l'accident mortel sur la personne de feu Charles Bohnenblust, dont Tournier a été l'auteur. » La Caisse Nationale renonce expressément à la subrogation que lui assure l'art. 100 de la loi aux droits de Madame Bohnenblust et de ses enfants contre Tournier, pour le montant des prestations de la Caisse. »

B. — Indépendamment d'un procès direct qu'elle a intenté à l'Etat de Genève devant le Tribunal fédéral et dont celui-ci a suspendu l'instruction jusqu'à droit connu dans la présente instance, dame Bohnenblust, agissant en son nom et au nom de ses enfants mineurs, a assigné devant les Tribunaux genevois Paul Tournier et la faillite de la S. A. Piccard, Pictet & C^{ie} en concluant au paiement des sommes suivantes :

1^o 136 964 fr. pour préjudice matériel résultant de la perte de leur soutien ;

2^o 50 000 fr. pour tort moral ;

3^o 1086 fr. 25 pour frais d'inhumation ;

4^o 5000 fr. pour honoraires d'avocat.

Les défendeurs ont conclu à libération en contestant